



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 6 vom 13. Dezember 2004

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 21.30 Uhr

Leitung: V. Dubi

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: U. Kunz, G. Metz

**Protokoll-
genehmigung:** Das Protokoll der Sitzung vom 15. November 2004 wird genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Brigitte Christen

Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:

- Leider ist eine traurige Nachricht mitzuteilen: Der langjährige Bürgerratspräsident Tony Glaser ist vorgestern gestorben. Trotz seiner heimtückischen Krankheit übte er sein Amt mit ausserordentlichem Engagement bis zuletzt aus. Dies zeugt auch von seinem unerschütterlichen Optimismus. Binningen verliert eine warmherzige, umgängliche Persönlichkeit. Den Angehörigen und Freunden drückt sie ihr grosses Mitgefühl aus.
- Am 19. November fand die Jungbürger/innen-Feier statt. Vizepräsident M. Metz hat daran teilgenommen. Am gleichen Abend war sie an der so genannten "Metzgete" der Bürgergemeinde.
- Ausserdem hat sie am vergangenen Freitag an der schönen Weihnachtsfeier des Personals teilgenommen, welche diesmal von der Abteilung Raumplanung und Umwelt organisiert worden war.
- Nach der letzten Einwohnerrats-Sitzung hat Eduard Rietmann der FDP-Fraktion seinen sofortigen Rücktritt bekannt gegeben. Dies ist sehr bedauerlich, denn seine offene und geradlinige Art hat sie persönlich sehr geschätzt. Während zehn Jahren war er in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Zudem war er in nicht weniger als acht Spezialkommissionen tätig, einmal als Präsident, nämlich der Kommission "Binningen 2000". Mit seinem Ausscheiden ist derzeit das Vizepräsidium der Spezialkommission "Behörden-Reglement" vakant. Im Amtsjahr 2002/03 war er Vizepräsident und 2003/04 Präsident des Einwohnerrats.

Seinen Platz wird künftig Gerhard Metz einnehmen. Er musste sich für heute Abend entschuldigen lassen. Im Januar wird er jedoch begrüsst werden können.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

Folgende persönlichen Vorstösse wurden neu eingereicht:

- Postulat FDP-Fraktion vom 8.12.2004: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit (Gesch. Nr. 34)
- Postulat SP-Fraktion vom 7.12.2004: Kinderspielplätze für Binningen (Gesch. Nr. 38)

Keine Wortmeldungen.

Präsidentin V. Dubi weist darauf hin, dass die schriftliche Anfrage von M. Trautwein am Schluss unter dem Traktandum Diverseseantwortet wird.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 30.11.2004: Ersatzwahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008	37
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2004 und Bericht / Antrag der GRPK vom 24.11.2004: Gemeindevoranschläge und Steuersätze 2005	25
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.10.2004: Leistungsauftrag Nr. 9: Verkehr und Strassen	28 A
4. Postulat SP-Fraktion vom 18.6.2004: Schulsozialarbeit im Mühlematt-Schulhaus	212 VIII
5. Postulat Grüne/EVP und SP-Fraktion vom 17.9.2004: Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte	24^{*)}
6. Interpellation Trautwein, SVP vom 23.8.2004: Fussweg zwischen Weinberg- und Hölzlistrasse	15^{*)}
7. Interpellation FDP-Fraktion vom 11.9.2004: Geplatztes Open Air-Konzert der Jugendorganisation "Mash" Interpellation SP-Fraktion vom 17.9.2004: Probleme beim Bewilligungsverfahren ("Mash" Open Air)	21^{*)} 21 A^{*)}
8. Diverses / Anfrage von M. Trautwein, SVP, betr. Kehrriichtabfuhr	39

^{*)} Zurückgestellte Traktanden der Sitzung vom 25.10.2004 bzw. vom 15.11.2004

Traktandum 1**Geschäft Nr. 37**

Antrag des Gemeinderats vom 30.11.2004:

Ersatzwahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008

FDP: *M. Ziegler* schlägt Claudia Fünfschilling als Nachfolgerin von Eduard Rietmann in der GRPK vor.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bis 30.6.2008 wird in Stiller Wahl gewählt: Claudia Fünfschilling, FDP

Traktandum 2**Geschäft Nr. 25**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2004 und Bericht / Antrag der GRPK vom 24.11.2004:
Gemeindevoranschläge und Steuersätze 2005

GRPK-Präsident M. Metz fasst zusammen, dass die Kommission ihr besonderes Augenmerk darauf richtete, ob das Budget gemäss den gesetzlichen Vorschriften erstellt wurde. Dem ist so. Der gedruckte Voranschlag weicht gegenüber dem Antrag der GRPK um CHF 600'000 ab, weil der Gemeinderat aufgrund der Hochrechnung der Steuereinnahmen eine Anpassung vorgenommen hat. Diese ist bei den Anträgen der GRPK berücksichtigt worden. Alle dem Gemeinderat gestellten Fragen und dessen Erklärungen sind im Bericht enthalten. Bei den Anträgen für Direktbeschlüsse beantragt die GRPK in Abweichung zum Gemeinderat für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs eine separate Vorlage.

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* hält fest: 3.5 % der Ausgaben werden nicht durch die Einnahmen gedeckt, was ein Defizit von rund 1,6 Mio. Franken bewirkt. Jährlich nehmen die Ausgaben zu, diesmal um 4.4 %. Zum Vergleich: Wirtschaftsexperten prognostizieren für 2005 eine Teuerung von 1.3 %. Diese Tatsache findet seine Fraktion bedenklich. Die Opposition betont gerne, dass die Gemeinde nicht "tot gespart" werden darf. In Anbetracht ständig neuer Begehrlichkeiten kann davon keine Rede sein. Besonders Mühe macht der Fraktion folgendes: Die Personalkosten nehmen um 3.9 % zu. Die ausgewiesene Teuerung für dieses Jahr beträgt 0.5 %. Das gemeinderätliche Ziel von einem maximalen Anstieg um 1 % wird also verfehlt, was aber offensichtlich kein Thema ist. Störend ist zudem die starke Zunahme bei der sozialen Wohlfahrt und den gebundenen Ausgaben. Die Fraktion wird deshalb Reglemente, insbesondere dasjenige für das Personal und weitere des Sozialbereichs unter die Lupe nehmen. Mit Vorstössen will sie diesen Trend stoppen, bevor wegen eines Finanzlochs tatsächlich rigoros gespart werden muss. Aufgrund der momentan guten Finanzlage stimmt die FDP-Fraktion den Anträgen der GRPK zu.

SVP: *E. Kohl* teilt weitgehend die Meinung des Vorredners. Auch ihre Fraktion beobachtet die zunehmenden Ausgaben im Personal- und Sozialbereich mit Besorgnis. Der Teuerungsausgleich wird allerdings analog des Beschlusses des Landrats mit 0.8 % ausfallen. Zur besseren Transpa-

renz sollen in Zukunft die Kosten für Temporärstellen separat ausgewiesen werden und zudem in welchem Bereich Einsätze vorgesehen sind. Den Anträgen der GRPK wird zugestimmt.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* relativiert die vorausgegangenen Aussagen. Es darf nicht nur vom Aufwandüberschuss von voraussichtlich 1.2 Mio. Franken gesprochen werden. Die Abschreibungen von 4.4 Mio. sind ebenfalls zu erwähnen; dabei handelt es sich um erwirtschaftetes Geld. Zudem sind Nettoinvestitionen von 11.6 Mio. Franken geplant, vergangenes Jahr waren es vergleichsweise nur 4.9 Mio. Offenbar besteht ein Nachholbedarf. Binningen hat keine Schulden und somit keinen Aufwand für Schuldzinsen. Beim Personal zu sparen wäre falsch, es würde bedeuten am Ast zu sägen, auf welchem man sitzt. Nicht zuletzt tragen engagierte Verwaltungsangestellte dazu bei, dass Binningen ein beliebter Wohnort ist. Sollte es sich zeigen, dass das hohe Dienstleistungsangebot nicht mehr gewährleistet werden kann, wäre eher eine Anpassung bei den Steuern in Betracht zu ziehen. Entsprechend der Überzeugung der FDP-Fraktion wird aber gerade der niedrige Steuerfuss so viele gute Steuerzahler nach Binningen ziehen, dass sich die Balance ohne Zutun einstellen sollte.

CVP: *H. Senn* dankt den am Budget Mitwirkenden, besonders dem neuen Abteilungsleiter Finanzen. Er hat erstmals eine Prognose erstellt, wie die Laufende Rechnung Ende 2004 aussehen wird. Der CVP-Fraktion ist der hohe Zuwachs bei den Personalkosten ebenfalls ein Dorn im Auge, auch wenn z. B. der Erfahrungsanteil reglementskonform ausbezahlt wird. Daher muss eine Revision des Personalreglements erwogen werden. Bei den hohen Sozialausgaben bestehen kaum Einflussmöglichkeiten, ausser allenfalls bei den freiwilligen Leistungen. Bezüglich der Investitionskosten ist hervorzuheben, dass gut die Hälfte bereits vorfinanziert ist und erfahrungsgemäss nie alle Vorhaben realisiert werden. Die Finanzlage darf nach wie vor als feudal bezeichnet werden, so dass möglicherweise nächstes Frühjahr eine weitere Steuersenkung denkbar ist. Die Fraktion wird den Anträgen der GRPK folgen.

SP: *A. Braun:* Entgegen der FDP-Fraktion sieht seine die Finanzlage keineswegs düster. Nicht vergessen werden darf, dass die Steuern dieses Jahr um 3 % gesenkt worden sind, sonst wäre kein Defizit entstanden. Zum Personalaufwand ist erstens festzuhalten, dass er kaum ansteigt verglichen mit dem laufenden Jahr, zweitens dass das Personalreglement des Kantons übernommen worden ist. Bedauert wird, dass das Anwohner-Parkierreglement nächstes Jahr noch nicht vorliegen wird. Dem Vernehmen nach soll die Gemeindebibliothek ihren neuen Standort nicht auf dem Heyer-Areal erhalten. Die Fraktion würde gerne bald erfahren, was diesbezüglich geplant ist. Positiv zu erwähnen ist nicht nur die Prognose des Abschlusses für 2004, sondern auch die Information des Gemeinderats, nach welchen Kriterien er beim Budgetierungsprozess vorgegangen ist. Wünschenswert wäre im Zusammenhang mit den Leistungsaufträgen, wenn das nächste Budget möglichst nach Produktgruppen geordnet vorgelegt würde. Alle Anträge der GRPK werden unterstützt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer:* Die erstmals erstellte Prognose des Abschlusses 2004 steht bezüglich Statistik noch auf einer schmalen Basis, vor allem was die Steuererträge anbelangt, weil die Umstellung auf die einjährige Veranlagung erst vor Kurzem erfolgt ist. Aufgrund dieser Hochrechnung schliesst die Einwohnerkasse besser ab als im September angenommen. Der Ertragsüberschuss wird etwa 1,178 Mio. Franken betragen. Bei den Steuern resultiert rund ein Drittel der Einnahmen von nur gerade mal 50 wichtigen Steuerzahler/innen. Ein Grossteil davon war aber Ende 2003 noch nicht definitiv veranlagt. Es darf jedoch mit einem Mehrertrag bei den Einkommens- und Vermögenssteuern von 0.6 Mio. gerechnet werden. Binningen hat mit 3'348 Franken pro Kopf im Kanton die höchsten Steuereinnahmen. Demgegenüber steht auch ein auf Ende 2003 bereinigter hoher Aufwand von 3'955 Franken pro Einwohner/in. Der kantonale Durchschnitt liegt bei 3'483 Franken. Der Teuerungsausgleich für das Personal wird aufgrund des Landratsbeschlusses nicht 1 % sondern 0.8 % betragen, was 44'000 Franken Minderausgaben entspricht.

Detailberatung:

Grüne/EVP: *M. Schmidli* stellt einen Antrag zum Konto 359, übrige Freizeitgestaltung: Der Betrag von 4'500 Franken soll zusätzlich eingestellt werden. Der Weiterbestand des Vereins Freizeitwerkstatt ist gefährdet. Dieser umfasst 40 Mitglieder. Unter fachkundiger Anleitung eines Leiters können Holzarbeiten ausgeführt werden, dafür wird ein Unkostenbeitrag verlangt. Die Gemeinde stellt die Räumlichkeit kostenlos zur Verfügung, leistet aber seit zwei Jahren keinen Beitrag mehr an den Unterhalt der Maschinen oder den Lohn des Werkstattleiters. Mit dem geforderten Betrag könnte der Leiter mit einem Stundenansatz von 25 Franken entlohnt werden. Die Freizeitwerkstatt ist eine nützliche und sinnvolle Einrichtung. Im Übrigen ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieses Angebot nicht gleich gestellt ist wie andere Freizeitkurse für Erwachsene. Der Verein Freizeitwerkstatt soll sich nächstes Jahr umstrukturieren, damit die Institution im Konto 292, Erwachsenenbildung, integriert werden kann. Mit Werbung im 'Binninger Anzeiger' könnte zudem die Auslastung verbessert werden.

Gemeinderat M. Joset bestätigt, dass keine Subventionen mehr an diesen Verein ausgerichtet werden. Tatsächlich könnte dieses handwerkliche Angebot zu den Erwachsenenbildungskursen gezählt werden, dann würde die Gemeinde die Hälfte der Kosten übernehmen. Die beantragte Summe entspricht dem früheren Beitrag. Der Gemeinderat ist bereit, den Antrag entgegenzunehmen.

FDP: *M. Ziegler* lehnt den Antrag mit folgender Begründung ab: Es handelt sich um einen Verein wie viele andere auch. Nach Usanz des Gemeinderats werden lediglich die Räumlichkeiten gratis zur Verfügung gestellt. Er sieht nicht ein, weshalb hier eine Ausnahme gemacht werden soll, zumal Vereinstätigkeiten im Allgemeinen nicht entlohnt, sondern ehrenamtlich geleistet werden. Wenn der Gemeinderat diese Aktivität unter Erwachsenenkurse einstufen will, ist dagegen nichts einzuwenden.

SVP: *E. Kohl* ist der Meinung, dass eine Ausnahme der Regel Signalwirkung auf weitere Vereine hätte, welche ebenfalls finanzielle Probleme haben. Daher lehnt sie den Antrag der Grünen/EVP ab. Angeblich werden in der Freizeitwerkstatt auch Holzzuschnitte für die Schulen ausgeführt. Diese Dienstleistung müsste allerdings abgegolten werden.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* erklärt, dass nicht der Vorstand finanziert würde, sondern dass analog einer Handarbeitslehrerin der Werkstattchef entlohnt würde. Diese Einrichtung besteht seit 40 Jahren, der Fortbestand ist jetzt gefährdet.

SP: *S. Zürcher* argumentiert, dass die Gemeinde für andere Kurse die Räumlichkeiten samt Infrastruktur zur Verfügung stellt. Wenn der beantragte Betrag für Maschinen anstatt für den Werkstattleiterlohn eingesetzt wird, dürfte es der FDP-Fraktion leichter fallen, dem Antrag zuzustimmen. Bis der Verein umstrukturiert ist, würden die 4'500 Franken den Fortbestand sichern.

FDP: *H. Senn* erwähnt, dass das Thema bereits in der GRPK diskutiert worden ist. Wie die Rückfrage ergab, handelt es sich um 4 - 5 Kursbesucher. Nun ist die Rede von 40 Mitgliedern. In diesem Fall wäre die Fraktion für Eintreten.

Gemeinderat M. Joset erläutert, dass es in Binningen rund hundert Vereine gibt. In wenigen Einzelfällen richtet die Gemeinde Subventionen aus. Als Kriterium gilt die Frage, ob der Verein eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt. Deshalb erhält beispielsweise die Gemeindebibliothek finanzielle Unterstützung. Weil der Gemeinderat der Auffassung ist, dass die Freizeitwerkstatt künftig einem Erwachsenenkurs gleichgestellt werden kann, würden die gleichen Kriterien angewendet. Im konkreten Fall sind die Mitglieder des Vereins nicht zwingend identisch mit den Benützern.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* räumt ein Missverständnis aus: Aus Platzgründen können gar nicht mehr als rund fünf Personen gleichzeitig in der Werkstatt arbeiten.

SVP: *E. Kohl* vertritt die Ansicht, dass der Gemeinderat zunächst die Sache abklären und zu einem späteren Zeitpunkt mit einem entsprechenden Antrag an den Einwohnerrat gelangen soll.

://: Der Antrag Schmidli betr. Aufnahme von CHF 4'500.— ins Budget (Konto 359) für die Freizeitwerkstatt, geknüpft an die Bedingung, dass eine Umstrukturierung erfolgt, wird abgelehnt. (17 Ja, 19 Nein bei 2 Enthaltungen)

SVP: M. Trautwein erkundigt sich betreffend Konto 540.36, eigene Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen: Im Bericht der GRPK steht als Begründung "diverse neue Lohnestufungen", worauf beruhen diese?

Gemeinderätin H. Ernst: Dabei geht es um die Kinderbetreuung. Darunter fallen einerseits Weiterbildungskurse und Erfahrungsanstieg, besonders jedoch wurden aufgrund der vom Einwohnerrat beschlossenen Angebotserhöhung verschiedene Pensen von Angestellten erhöht.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 2.1 Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2005 wird mit Aufwendungen von CHF 61'036'317.— und Erträgen von CHF 59'802'022.— mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'234'295.— und dem daraus neu resultierenden Selbstfinanzierungsgrad von 117.6% genehmigt.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: 2.2 Das Investitionsbudget 2005 wird mit Ausgaben von CHF 14'064'000.— und Einnahmen von 2'430'000.— mit Nettoinvestitionen von CHF 11'634'000.— genehmigt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 2.3 Aus dem Investitionsbudget werden gemäss Ziffer 7 folgende Investitionsausgaben direkt beschlossen:

	Konto:		CHF
2.3.1	020.506	EDV Hardware-Erneuerung	210'000.—
2.3.2	320.50	GGA: Sachgüter	440'000.—
2.3.3	620.501	Diverse Strassendeckbeläge	87'000.—
2.3.4	620.501	Korrekturen	60'000.—
2.3.5	620.564	Investitionsbeitrag für Neuanlagen Abwasserbeseitigung	390'000.—
2.3.6	710.50	Abwasserentsorgung: Leitungsbau Sachgüter	820'000.—

://: 2.3.7 Für die folgende Investition ist eine separate Vorlage zu unterbreiten:
Konto 140.506 Ersatz Feuerwehrfahrzeug CHF 160'000.—

Mit 36 Ja, bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:** 2.4 Der Stellenetat für 2005 mit 11'118 Stellenprozenten wird genehmigt.
- 2.5 Steuersätze
Die Steuersätze bleiben wie folgt unverändert:
- 2.5.1 Gemeindesteuern 48 % Einkommens- und Vermögenssteuer gemäss § 19 Abs. 2 des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes
4 % Ertragssteuer gemäss § 58 Abs. 3 des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes
5 ‰ Kapitalsteuer gemäss § 62 Abs. 1 des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes
- 2.5.2 Feuerwehr-Ersatz- 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des abgabe
Feuerwehr-Reglements

Traktandum 3

Geschäft Nr. 28 A

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.10.2004:
Leistungsauftrag Nr. 9: Verkehr und Strassen

Die *Präsidentin V. Dubi* erwähnt, dass an der letzten Sitzung die Schlussabstimmung über die Anträge des Gemeinderats vergessen ging, was heute nachgeholt werden muss. Die Vorlage 28 A enthält die am 15. November 2004 beschlossenen Änderungen.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** 3.1 Der Einwohnerrat beschliesst den vorliegenden Leistungsauftrag im Grundsatz.
- 3.2 Der Gemeinderat legt mit dem Budget 2006 eine aktualisierte Version vor.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 212 / VIII

Postulat SP-Fraktion vom 18.6.2004:
Schulsozialarbeit im Mühlematt-Schulhaus

Eintreten:

SP: *D. Gorba* hält fest, dass es um ein Anliegen geht, welches auch vom Elternrat des Mühlematt-Schulhauses formuliert worden ist. Es ist erfreulich, dass der Landrat mit dem Budget eine Stelle von 40 % für Schulsozialarbeit verabschiedet hat.

Mit 37 Ja bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

<p>://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.</p>

Traktandum 5

Gesch. Nr. 24

Postulat Grüne/EVP und SP-Fraktion vom 17.9.2004:
Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte

Eintreten:

SP: *D. Gorba:* Wie kürzlich dem 'Binner Anzeiger' entnommen werden konnte, hat der Gemeinderat ein Moratorium bis Ende 2006 für solche Anlagen auf öffentlichen Gebäuden und Parzellen beschlossen. Persönlich findet er die Stellungnahme des Gemeinderats etwas mutlos. Auch der an den Regierungsrat gerichtete Brief ist ziemlich unverbindlich. Andere Gemeinden haben privatrechtliche Vereinbarungen mit Antennenbetreibern getroffen mit dem Ziel, dass die Standorte zusammengelegt werden. Er beantragt deshalb, dass der Vorstoss überwiesen aber nicht abgeschrieben wird.

Grüne/EVP: *K. Birkhäuser* hält fest, dass das Risiko wissenschaftlich noch nicht völlig gesichert ist. Hingegen zeigt eine neue Studie über zehn Jahre aus einer deutschen Stadt, dass die Krebsrate bei Menschen, die innerhalb von 400 Metern einer Mobilfunkantenne wohnen, doppelt so hoch ausfiel. Das Ergebnis ist wissenschaftlich erhärtet und signifikant. Deshalb soll der Gemeinderat weiterhin den Auftrag haben, solche Anlagen auf ein Minimum zu begrenzen. Aus diesem Grund ist er gegen die Abschreibung des Postulats.

FDP: *C. Fünfschilling* bemerkt, dass ihre Fraktion für Überweisen und Abschreiben stimmen wird. Selbstverständlich soll nicht jeder Anbieter eine eigene Antenne aufstellen. Doch wird bezweifelt, ob das Problem auf Gemeindeebene zu lösen ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* erwähnt, dass sich die Exekutive eingehend mit dem Problem befasst und sich unter anderem gemeinsam mit der Nachbargemeinde Bottmingen für gesetzliche Grundlagen sowie einen kantonalen Richtplan betreffend das Erstellen gemeinsamer Mobilfunkantennen einsetzt. Auch mit anderen umliegenden Gemeinden wird eine intensivere Zusammenarbeit angestrebt.

Mit 35 Ja, 1 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 5.1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Mit 18 Ja, 20 Nein wird beschlossen:

://: 5.2. Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 15

Interpellation Trautwein, SVP, vom 23.8.2004:

Fussweg zwischen Weinberg- und Hölzlistrasse

Antwort des Gemeinderats: C. Simon erwähnt, dass der Interpellant zum gleichen Thema bereits 2001 einen Vorstoss eingereicht hat. Inzwischen sind Massnahmen getroffen worden. Die Sitzbänke wurden entfernt. Der Interpellant regte damals an, dass der Werkhof, den frei werdenden Platz verschönert. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass dies 8'500 Franken kosten würde, was dann infolge der Sparmassnahmen hinausgeschoben wurde.

Zu 1: Montage eines Metallgeländers in Form einer S-Schleufe bzw. Änderung des Geländers, dass z. B. ein Kinderwagen unten durch geschoben werden kann, aber kein Fahren mit Velo mehr möglich ist.

Es wurden versetzt angeordnete Geländer montiert, was zu einer merklichen Verbesserung geführt hat, wie die durchschnittlich zweimal pro Woche vorgenommenen Polizeikontrollen ergaben. Die vorhandenen Geländer entsprechen den Normen, eine Änderung wird vom Bundesamt für Unfallverhütung nicht empfohlen.

Zu 2: Es trifft zu, dass der Fussweg trotz Hindernissen in Form von Steinen noch manchmal von Velofahrer/innen benutzt wird. Der Gemeinderat beabsichtigt, für rund 500 Franken grössere Steine und/oder Pflanzen anbringen zu lassen, damit die Durchfahrt verunmöglicht wird.

Zu 3: Die Polizei macht regelmässig Kontrollen und wer erwischt wird, wird gebüsst. Für Jugendliche unter 16 Jahren sind Bussen nicht zulässig, hingegen können erzieherische Massnahmen angeordnet werden.

Zu 4: Der Interpellant möchte, dass der geteerte Platz bepflanzt wird und erklärt sich bereit, einen Baum zu spenden.

Wie bereits erwähnt, würde allein das Material, d. h. exklusiv Arbeit des Werkhofs, 8'500 Franken kosten. Im heute verabschiedeten Budget ist der Betrag nicht enthalten. Deshalb ist dies frühestens mit dem Voranschlag für 2006 möglich. Auf das Baum-Angebot wird dann gerne zurückgekommen. Abschliessend richtet C. Simon persönlich die Bitte an den Interpellanten, ein nächstes Mal einen Vorstoss mit einem Inhalt, welcher die Jugend fördert einzureichen anstatt sie mit Verboten und Bussen behindern zu wollen.

SVP: M. Trautwein bezweifelt, ob die Jugendlichen gefördert werden, wenn ein Verbot aufgestellt und dieses nicht durchgesetzt wird. Wer als jugendliche/r Velofahrer/in keine Konsequenzen tragen muss, wird sich auch als erwachsene/r Autofahrer/in über Verbote auf der Strasse hinwegsetzen. Im Übrigen ist er der Meinung, dass die Gemeindepolizei zu wenig Kontrollen vornimmt. Auch seine Nachbarn stellten bisher nicht fest, dass markant weniger Velo gefahren wird auf diesem Weg. Er erklärt sich nur teilweise befriedigt von der Antwort des Gemeinderats.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 21 / 21 A

Interpellation FDP-Fraktion vom 11.9.2004:

Geplatztes Open Air-Konzert der Jugendorganisation "Mash"

Interpellation SP-Fraktion vom 17.9.2004:

Probleme beim Bewilligungsverfahren "Mash" Open Air

Antwort des Gemeinderats: *M. Joret* "Mash" ist eine Organisation innerhalb der Jugendarbeit der Reformierten Kirche. Für Anfang September plante sie ein Konzert auf dem Dorfplatz. Die Interpellanten erkundigen sich, wie es möglich sei, dass das Gesuch dafür unauffindbar verschwinden konnte und ob ähnliches häufig vorkomme.

Tatsächlich ist nie ein Gesuch eingegangen und konnte somit auch nicht behandelt werden. Der betreffende Gemeinderat von Bottmingen, wo jährlich ein Open Air-Konzert stattfindet, wusste nichts von einem solchen Anlass in Binningen. Auch die Jugendhausleitung und alle weiteren möglichen zuständigen Stellen hatten keine Kenntnis vom fraglichen Konzert. Üblicherweise wird der Eingang einer Anfrage schriftlich bestätigt.

Im August ging per Fax auf der Verwaltung ein entsprechendes Gesuch ein. *M. Bolleter* möchte die Gründe für die Ablehnung erfahren.

Ein solcher Anlass macht umfangreiche Abklärungen notwendig. Im vorliegenden Fall wären u. a. Verhandlungen mit der Schule notwendig gewesen. Die Anwohnerschaft hätte informiert werden müssen, verschiedene Bewilligungen sind einzuholen; sanitäre Anlagen müssen installiert werden usw. Die zur Verfügung stehende Zeit hätte dazu schlicht nicht ausgereicht.

Gemäss Aussage von *M. Bolleter* fand bereits einmal ein Open Air-Konzert in Binningen statt und hätte eine Bewilligung analog damals erteilt werden können.

Im Gegensatz zu Bottmingen hat noch nie ein öffentliches Konzert dieser Gruppe in Binningen stattgefunden; deshalb hätte nicht auf bestehende Unterlagen zurückgegriffen werden können. Die Behauptung, wonach Gemeindevertreter geäussert haben sollen, ein solches Konzert könnte nie in Binningen durchgeführt werden, trifft nicht zu. Der Gemeinderat ist solchen Anfragen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Offene Jugendarbeit wird ernst genommen. Die Jugendhausleitung hat inzwischen sorgfältig alle Abklärungen und Vorkehrungen getroffen, welche auch für ein Indoor-Konzert notwendig sind. Am vergangenen Samstag konnte nun im Jugendhaus das "Mash"-Konzert stattfinden. Im Weiteren hat auch eine Aussprache zwischen Gemeinderat und den Verantwortlichen der Reformierten Kirche stattgefunden.

Probenräume für Jugendliche sind auch immer wieder ein Thema. Der Raum am Schafmattweg, wo früher die Reformierte Kirchgemeinde ihre Verwaltung hatte, musste wegen Reklamationen aus der Nachbarschaft geschlossen werden. Die Räumlichkeiten im Jugendhaus sind bereits von einer Gruppe belegt. Der Gemeinderat sucht bei entsprechenden Anfragen nach neuen Möglichkeiten.

FDP: *M. Bolleter* erklärt sich von der Antwort nur teilweise befriedigt. Was den Eingang des Gesuchs auf der Verwaltung betrifft, steht Aussage gegen Aussage. Er plädiert dafür, dass Aktionen von Jugendlichen wohlwollend geprüft werden. Seines Erachtens ist es nicht ideal, wenn das Konzert im Keller des Jugendhauses stattfindet. Er hofft, dass die Zusammenarbeit künftig besser klappt.

SP: *A. Braun* betont, dass es wichtig ist, dass Gesuchsteller/innen wissen, dass der Empfang von der Verwaltung bestätigt wird. Positiv ist, dass die Vertretung der Reformierten Kirche vom Gemeinderat empfangen worden ist und das Problem diskutiert wurde. Wenigstens einmal pro Jahr sollte wie in Bottmingen auch in Binningen ein lautes Konzert von Jugendlichen auf dem Dorfplatz durchgeführt werden können.

Er ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 8**Diverses / Anfrage M. Trautwein zur Vergabe der Kehrichtabfuhr**

Gemeinderätin A. Mati beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Was sind die Gründe für den Wechsel? Der Ablauf des auf zwei Jahre befristeten Vertrags mit der Firma Saxer, Basel. Der Wechsel erfolgt, weil eine andere Firma die höchste Bewertung bei der Submission erreichte.

Zu Frage 2: Wurde wiederum ein Submissionsverfahren durchgeführt? Ja, dieses musste aufgrund der Höhe des Auftragswerts zwingend vorgenommen werden.

Zu Frage 3: Wer wurde zu einer Eingabe eines Angebots eingeladen? Aufgrund vom massgebenden Auftragswert gemäss kantonalem Beschaffungsgesetz musste eine öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Zu Frage 4: Was waren die Auswahlkriterien und wie war deren Gewichtung? Der Preis wurde mit 60 % gewichtet, die weiteren 40 % waren Parameter zur Qualitätssicherung, wie beispielsweise Erreichbarkeit, Regelung der Stellvertretung, Bearbeitung von Reklamationen, Arbeitssicherheit, Referenzen usw.

Zu Frage 5: Wie hoch ist der Preis des aktuellen Angebots in Bezug zu den damaligen Angeboten der Firmen Saxer und Imhof? Der neue Preis liegt knapp unter dem aktuellen Vertragspreis mit der Firma Saxer, welche allerdings neu mit einem höheren Preis offerierte. Der neue Preis liegt rund 30 % unter dem damaligen Angebot der Firma Imhof.

Zu Frage 6: Gibt es Leistungsunterschiede (Anzahl Fahrten, Art der Entsorgung etc.) vom aktuellen Angebot zur letzten Submissionsauflage, bei der die Firma Saxer den Zuschlag erhielt? Die Anforderungen waren wiederum die gleichen, ausschlaggebend war allein der Preis.

Präsidentin V. Dubi spricht ihren herzlichen Dank an alle dienstbaren Geister aus, welche die Arbeit im Hintergrund leisten. Dieses Jahr mit der 1000-Jahrfeier war ein besonderes. Sie hofft, dass es Binningen auch weiterhin gut gehen wird. Derzeit werden Gutzli gebacken. Abschliessend möchte sie deshalb ihr Rezept verraten für eine/n erfolgreichen Politikerin bzw. Politiker: Man nehme 500 g Verstand, 250 g Weitsicht, je 100 g Toleranz und Beharrlichkeit, eine Prise mehr Zuversicht sowie ein Quentchen mehr Mut als bisher und unendliche Geduld, bis das Geschäft vorliegt. In diesem Sinn wünscht sie allen schöne Festtage.